

## **Terms and Conditions**

The Library provides access to digitized documents strictly for noncommercial educational, research and private purposes and makes no warranty with regard to their use for other purposes. Some of our collections are protected by copyright. Publication and/or broadcast in any form (including electronic) requires prior written permission from the Library.

Each copy of any part of this document must contain there Terms and Conditions. With the usage of the library's online system to access or download a digitized document you accept there Terms and Conditions.

Reproductions of material on the web site may not be made for or donated to other repositories, nor may be further reproduced without written permission from the Library

For reproduction requests and permissions, please contact us. If citing materials, please give proper attribution of the source.

### Imprint:

Director: Mag. Renate Plöchl

Deputy director: Mag. Julian Sagmeister

Owner of medium: Oberösterreichische Landesbibliothek

Publisher: Oberösterreichische Landesbibliothek, 4021 Linz, Schillerplatz 2

### Contact:

Email: [landesbibliothek\(at\)ooe.gv.at](mailto:landesbibliothek(at)ooe.gv.at)

Telephone: +43(732) 7720-53100

waren, die jetzt eintretende Lohnsteigerung eine stürmische war. Vielfach weisen die Buchabschlüsse schon bis 1917 eine Steigerung um 75 % auf. Umfangreiche Erhebungen haben ergeben, daß im Mittel mit einer Einkommenserhöhung der ländlichen Arbeiterschaft von 150 % zu rechnen ist (vergl. Anl. V, 1).

Das Normaleinkommen eines Vollarbeiters liegt heute, je nach der Gegend, unter Bewertung des Deputats zu Höchstpreisen und eines niedrigen Ansatzes für die Wohnung zwischen 2000 und 2400 *M.* Ein erheblicher Teil der Einkommenssteigerung, insbesondere soweit das Deputat in Betracht kommt, ist naturgemäß auf die Erhöhung der Produktpreise zurückzuführen. Da die Deputate jedoch wegen der bestehenden Verfügungsbeschränkungen größtenteils in Geld abzulösen sind, sind die durch die Löhne bedingten Kapitalanforderungen gegenwärtig sehr erhebliche. Stellte schon im Frieden die Lohnausgabe, abgesehen von den kleinsten Betrieben, den wesentlichsten Teil der Ausgaben dar, so konnte eine Verdoppelung oder gar Verdreifachung dieses Postens nicht ohne weittragende Wirkung sein. Wie wohl nicht mehr zu bezweifeln ist, wird die Anbaufläche der Früchte größten Arbeitsbedarfs eingeschränkt werden, sofern nicht ganz besondere Vorteile auf der anderen Seite die an sich notwendige und richtige Tendenz durchkreuzen, bei Arbeitermangel von der intensiven zur extensiven Wirtschaftsweise überzugehen. Wo aber, wie etwa bei dem Anbau gewisser Spezialprodukte, unverhältnismäßige Gewinne locken, da wird dieser Fall nicht eintreten, sondern es wird vorgezogen, eine größere Fläche extensiv zu nutzen, eine kleinere jedoch um so intensiver, was wohl gelegentlich privatwirtschaftlich rentabel sein mag, volkswirtschaftlich jedoch unerwünscht ist.

Die Notwendigkeit der Einschränkung intensiver Wirtschaftsweise wird eine um so größere, wenn neben dem geringen Angebot von Arbeitskräften eine Verteuerung einhergeht, welche der Steigerung der Produktpreise wesentlich voraneilt. Dann sinkt neben der Möglichkeit auch der Wille, Arbeitskräfte zu beschaffen, weil ihre Einsetzung nicht mehr lohnt. Diese Möglichkeit gewinnbringender Verwertung der Arbeitskraft sinkt aber um so mehr, wenn zu der allgemeinen Lohnsteigerung eine Verkürzung der Arbeitszeit tritt. Dazu kommt schließlich, daß die Arbeitsleistung nicht allein durch die Arbeitsverkürzung, sondern insbesondere auch infolge des allgemeinen *Arbeitsunwillens* eine starke Herabsetzung und somit eine über die Lohnerhöhung hinausgehende Verteuerung erfährt. Die mittlere Preissteigerung der Arbeitsstunde um mindestens 180 bis 250 % steht um etwa 25 % über der